

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 189 (2023)

Heft: 3

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DEUTSCHLAND / NIEDERLANDE

Alle holländischen Kampfverbände unter deutschem Kommando

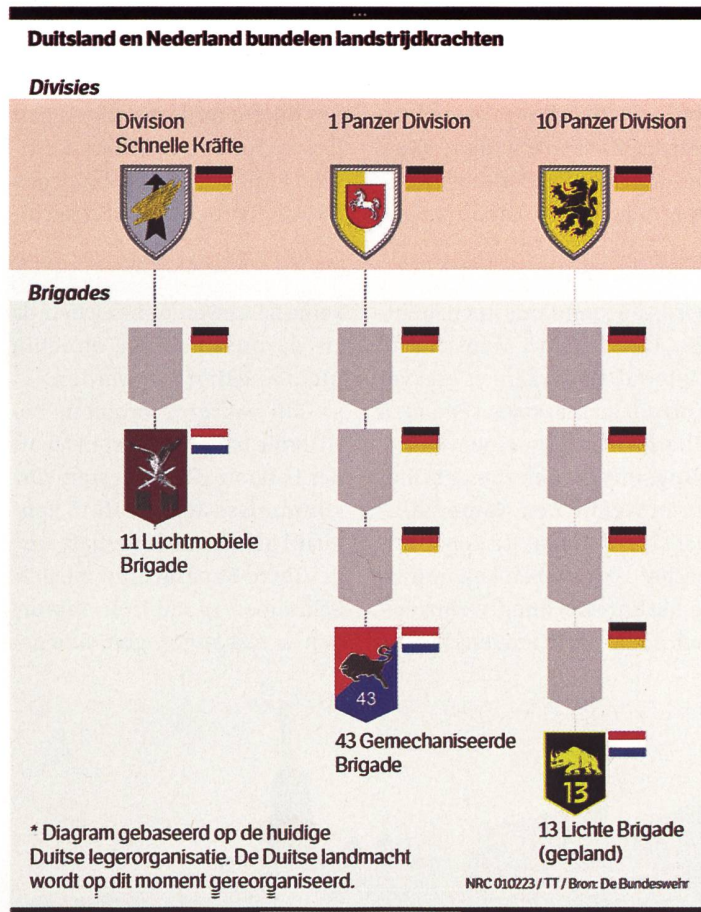
Mitte Januar hat das deutsch-niederländische Korps mit Sitz in Münster das Kommando über die Landstreitkräfte der NATO Response Force (NRF) übernommen. Turnusmässig wird diese Verantwortung unter den Allianzmitgliedern weitergereicht. Nun hat der niederländische Generalleutnant Nico Tak das Zepter übernommen und ist mit seinem Land Component Command der NRF primär für mögliche «hochintensive Kampfhandlungen», aber auch die Bereiche Informations- und Cyberraum sowie Joint Air Land Integration verantwortlich. Hauptzweck der NRF ist es, innerhalb weniger Tage mit 50 000 Soldaten aller Truppengattungen einsatzbereit zu sein, besonders am Ort des Geschehens. Letztmals geschah dies im Sommer 2022 aufgrund des Ukraine-Kriegs, als die NRF Teile ihrer Kräfte zum Schutz der NATO-Grenze nach Rumänien verlegte.

Das Besondere daran: Bereits im November 2022 unterzeichneten der holländische

Generalleutnant Martin Wijen und deutsche Generalleutnant Alfons Mais, beide Kommandeure ihrer jeweiligen Landstreitkräfte, eine gemeinsame Erklärung, mit dem Ziel, die grossen Kampfverbände ihrer Länder zusammenzuführen. Das in Dresden unterzeichnete

als «Army Vision» bezeichnete Abkommen ist ein Meilenstein der Integration der jeweiligen Kampfverbände und dient letztendlich dazu, eine binationale Kampftruppe in Stärke von drei Divisionen bereitzuhalten. Unabhängig der von der NATO ohnehin geförderten Interope-

rabilität und Zusammenarbeit wurde diese nun perfektioniert. Der stellvertretende niederländische Heereschef Jean-Paul Duckers kommentierte deshalb: «Viele Menschen realisieren noch gar nicht, wie einzigartig das ist, was wir hier tun.» Der Zusammenschluss muss noch von der Politik abgesegnet werden. Die Pläne sehen vor, ab 1. April die niederländische 13. leichte Heeresbrigade der 10. Deutschen Panzerdivision zu unterstellen, womit sämtliche holländischen Kampfverbände unter deutschem Kommando stünden. Für Duckers ist es nur der nächste logische Schritt, denn was jahrelang zusammen geübt worden sei, gehöre nun endlich zusammen. Zudem sei es keine «Sackgasse», denn auch deutsche Einheiten sind in niederländische Strukturen eingebettet worden, womit er konkret die Zusammenarbeit im Bereich der Flieger- und Raketenabwehr meint. Deutschland hat in diesem Jahr zudem noch das Kommando über die NATO Very High Readiness Joint Task Force. Diese VJTF genannte Speerspitze in Brigadestärke wurde 2014 im Zuge der russischen Krim-Annexion aufgestellt. Sie besteht aus bis zu 20 000 Soldaten, davon 5000 Landstreitkräfte, und kann im Krisenfall sofort mobilisiert werden. *pk*



Alle niederländischen Kampfverbände stehen nun unter deutschem Kommando. Grafik: Koninklijke Landmacht

ÖSTERREICH

Neutralität quo vadis?

Das österreichische Verteidigungsministerium berichtete Ende Januar über aktuellste Bedrohungen und Gefahren für die Alpenrepublik. Im «Risikobild 2023» werden einige mögliche Szenarien besprochen. Eine «Vielzahl von Raketen und Marschflugkörpern» sind im «Umfeld Österreichs und Europas» stationiert. Für Bundesheerchefin Klaudia Tanner

genügend Anlass zu Beunruhigung. Als Verteidigungsministerin fordert sie deshalb rasch die Erarbeitung möglicher Handlungsoptionen gegen Bedrohungen aus der Luft. Es sei wichtig, «dass wir uns jetzt vorbereiten». Dabei hofft sie aber vor allem auf den von der NATO geplanten Rakenschutzschirm sowie den European Sky Shield. Diese europäische Initiative aus deutscher Feder wurde nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine gegründet. Österreich hat im Oktober 2022 Interesse an einer

Teilnahme bekundet und vorgeschlagen, das Projekt auf EU-Ebene zu besprechen. Zwar will Tanner das alles «so schnell wie möglich», bisher gab es aber lediglich zwei Expertenrunden. Beim nächsten EU-Verteidigungsministertreffen möchte sie deshalb Resultate sehen. Dabei stellt sich die Neutralitätsfrage laut der Ministerin gar nicht. Es sei nämlich klar, dass der eigene Luftraum weiterhin selbst geschützt werde. Ein «EU-Schirm» liegt dann einfach noch zusätzlich über den nationalen Bemühungen. Nach-

holbedarf sehe sie jedoch bei der Beistandspflicht nach europäischem Recht. Man hätte es in Österreich versäumt, im Detail über die in den seit 2009 bestehenden Lissabonner Verträgen festgeschriebene Beistandsklausel zu informieren. Diese wird aktiviert, wenn ein EU-Land angegriffen wird.

Tanner reiste auch nach Budapest, um dort Verteidigungsminister Kristóf Szalay-Bobrovniczky zu treffen. Vor allem die Gefahr eines Ausbreitens des Krieges auf die Länder Europas war eines der Hauptthemen, das

der ungarische Verteidigungsminister so zusammenfasst: «Wir leben in einer Zeit der Gefahr.» Wie Österreich stehe Ungarn deshalb auf der Seite des Friedens. Ob dies mit ein Grund sei, dass Ungarn (nebst der Türkei) das einzige Land ist, welches den NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands noch nicht ratifizierte, blieb ungeklärt. Ebenfalls wurde die Weigerung Ungarns, Flüchtlinge nach EU-Recht zu registrieren, nicht thematisiert. Festgehalten wurde jedoch, dass in guter österreichisch-ungarischer Freundschaft auf die Lie-



Klaudia Tanner in Ungarn. Bild: Bundesheer

ferung von Waffen an die Ukraine auch in Zukunft verzichtet werde. Kurz nach dem Treffen wandte sich der ungarische Präsident Viktor Orbán an die

Ukraine und riet dem vom Krieg versehrten Land, sich am besten zu ergeben. Die Ukraine sei unterdessen «wie Afghanistan und Putin werde nicht verlieren». Ohnehin sei die Ukraine ein Land ohne Führung. Für Budapest sei es deshalb klar, dass aufgrund von Menschlichkeit und Moral nur ein Waffenstillstand die Lösung sei und Waffenlieferungen kategorisch abgelehnt werden. Klaudia Tanner dürfte diese Aussagen kalt lassen. Ihre Neutralitätspolitische Pirouette wurde durch den Ukrainebesuch des österreichi-

schen Bundespräsidenten Van der Bellen in Kiew Anfang Februar wohlwollend benotet. Für Österreich sei es klar: Russland führe einen Kolonialkrieg und hier will Wien auch humanitär zu Hilfe eilen. Aber bereits Minenräumungskommandos können aus Neutralitätsrechtlichen Überlegungen nicht in ein Kriegsgebiet entsandt werden. Gerne aber, so kommentierte Verteidigungsministerin Tanner den Besuch, helfe man, wenn der Krieg vorbei sei und nannte als Beispiel den Friedenseinsatz in Bosnien Herzegowina. *pk*

VEREINIGTES KÖNIGREICH

Niedrige Standards

Das Ministry of Defense nahm es pragmatisch: «Im Rahmen einer routinemässigen Inspektion wurde ein Defekt festgestellt, der auf frühere Arbeiten an der HMS Vanguard im Trockendock zurückzuführen ist. Der Mangel wurde umgehend gemeldet und behoben.» Es geht um eines der vier nuklearbetriebenen U-Boote Grossbritanniens und damit um die Abschreckungsfähigkeit des Königreichs. Was ist geschehen? Erstmals sind 2022 zwei Atom-U-Boote der Royal Navy non-stop auf über fünf Monate dauernden Einsätzen gewesen. Gestandene U-Boot-Kapitäne monierten, dass das Wichtigste sein

wird, die Standards hochzuhalten. Und zwar an Mensch und Material. Dabei kam es erst vor Kurzem zu massiven sexuellen Übergriffen einzelner Besatzungsmitglieder gegenüber ihren weiblichen Kameradinnen. Das veranlasste den Marinchef Admiral Ben Key, umfassende Untersuchungen einzuleiten. Allein, viele Frauen dürften

keine Beschwerde einreichen, da sie davon ausgehen, ohnehin nicht angehört zu werden.

Ein weiteres Problem betrifft die materielle Bereitschaft der U-Boote. Die jüngsten Vorkommnisse auf der HMS Vanguard gehen auf fehlerhaft ausgeführte Reparaturen zurück. Schrauben an Kühlrohren wurden zu fest angezogen, sind ge-

brochen und wurden, anstelle diese zu ersetzen, mit Leim angeklebt. Ingenieure der Werft erkannten dies zwar, der Grund für den Defekt wurde aber verheimlicht. Klar ist, dass gerade an atomaren Unterseebooten keine Abstriche an Qualitätsanforderungen gemacht werden dürfen. Glücklicherweise wurden die Schäden, welche an der Isolierung der Kühlmittelrohre des Kernreaktors entstanden, just vor einem Volleistungstest entdeckt. Der Zwischenfall führte dazu, dass sich Verteidigungsminister Ben Wallace mit dem Geschäftsführer von Babcock International traf, der verantwortlichen Firma für die Kampfwertsteigerungsprogramme für die Vanguard-Klasse-U-Boote, «um Zusicherungen für die zukünftige Arbeit zu suchen». *pk*



Auf der HMS Vanguard kam es zu fehlerhaft ausgeführten Reparaturen.

Bild: Royal Navy

UKRAINE

Neue Waffenlieferungen und die Zukunftspläne

Ende Januar überschlugen sich die Ereignisse. Nach langem Zögern konnte Deutschland dazu bewegt werden, dass nun doch schweres Geschütz in die Ukrai-

ne geliefert wird. Regierungschef Olaf Scholz handelte sich dafür schon die ironische Bezeichnung als «Panzler» ein. Wie gross der internationale Druck auf Berlin gewirkt hat, wird aber erst die Zukunft zeigen. Scholz will 88 Leopard 1 und weitere 14 Leopard 2 bis Ende März in die Ukraine schicken. Sein Verteidigungsminister Pistorius erhöhte später bei einem Ukrainebesuch auf über 150. Bereits kurz

nach der «Ausfuhrerlaubnis» für Kampfpanzer Leopard haben sich dann auch die kanadischen Streitkräfte mit ebensolchen nach Polen aufgemacht. In der ersten Februarwoche bestätigte die kanadische Verteidigungsministerin Anita Anand die Ankunft des ersten von vier Leos. «Zusammen mit unseren Verbündeten werden wir bald beginnen, ukrainische Soldaten im Umgang damit auszubil-

den», liess die Ministerin per Twitter vermelden. Demnächst wird die Ukraine also über Leopard 2, Challenger 2 und M1 Abrams verfügen. Parlamentsvertreter sind sich jedoch einig: Die anfänglich versprochenen 143 Kampfpanzer werden dringend benötigt, um eine Gegenoffensive einzuleiten. Fedir Venislavskyi, präsidentialer Vertreter im ukrainischen Parlament, meinte dazu aber: «Um unser Terri-

torium vollständig zu befreien, brauchen wir etwa 500 bis 700 Panzer.» Denen steht die Absicht Russlands gegenüber, die Regionen um Donezk und Luhansk bis Ende März gänzlich einzunehmen. Ebenfalls soll es den Russen darum gehen, Odes-

sa zu erobern und damit die Ukraine vom Meereszugang abzuschneiden.

Für westliche Staaten dient der Krieg derzeit vor allem auch als grosse Datenquelle. Man erfährt, was eigenes Equipment in Kriegssituationen taugt, kann

Lehren ableiten und vor allem auch in die Bestandserweiterung eigener Ausrüstung investieren. Militärisch gesehen behält Russland einige seiner modernsten Waffen in der Hinterhand. Deshalb spielt es für den Kriegseinsatz keine Rolle, ob nun mehr Patriot-Systeme anstelle von Kanonenfliegerabwehr, Kampfpanzer oder sogar Kampffjets geliefert werden. Es gibt nicht «das» eine Schlüsselgut. Vielmehr zählt der anhaltende Nachschub von Munition und Gerät. Da derzeit Washington als grösster Lieferant auftritt, muss sich Europa im Klaren darüber sein, was geschehen wird, wenn dieser Rüstungsstrom versiegt. Bereits gibt es regierungsnahen Think-Tanks in den USA, die solche Szenarien vorspüren. Unter anderem mit dem Hinweis, «kein zweites Israel schaffen zu wollen». Dies

könnte als Antwort dienen, warum Scholz letztendlich keine andere Wahl mehr hatte, als dem Leopard ein «Panzer Marsch!» zu erteilen. Konsolidiert wurden diese Bemühungen am EU-Ukraine-Gipfel am 3. Februar. Gerade bezüglich seiner Sicherheitsverantwortung kennt Europa unterdessen seine Verantwortung und will diese auch wahrnehmen, wie in der gemeinsamen Erklärung zum Treffen festgehalten wurde. Dass kurz nach dem Spitzengespräch in Kiew dann auch Norwegen Hilfe im Wert von etwa sieben Milliarden Euro (über fünf Jahre verteilt) versprach, zeigt, dass die Hilfestellung gegenüber der Ukraine nicht auf das politische Europa reduziert werden darf. *pk*



Ein kanadischer Leopard wird in Polen ausgeladen. Bild: Canadian Armed Forces

USA

IS-Anführer und zehn Anhänger getötet

US-Spezialkräfte haben im Norden Somalias einen Anführer der Terrormiliz «Islamischer Staat IS» getötet. Bei dem Einsatz seien neben Bilal al-Su-

dani zehn weitere Gefolgsleute der Extremistengruppe getötet worden, teilte die US-Regierung mit. Zivilisten seien bei der Aktion in einer von Höhlen durchzogenen, abgelegenen Gebirgsregion nicht zu Schaden gekommen. Bei dem Einsatz sei kein US-Soldat getötet worden. Über die Details zum Ablauf des Spezialeinsatzes machten die USA nur wenige Angaben. Regierungsvertretern zufolge wur-

de Al-Sudani bei einem Schusswechsel getötet. Ziel des monatelang vorbereiteten Zugriffs sei eigentlich seine Festnahme gewesen. Die «feindliche Reaktion» der IS-Kämpfer habe aber schliesslich zu deren Tötung geführt. Die US-Streitkräfte sind in Abstimmung mit der Regierung in Mogadischu und in deren Auftrag seit Langem in Somalia tätig. Die US-Luftwaffe fliegt regelmässig Luftangriffe

zur Unterstützung der staatlichen Streitkräfte im Kampf gegen die in Somalia aktive Terrormiliz Al-Shabab. Wegen seiner Umtriebe mit Al-Shabab hatte das US-Finanzministerium Al-Sudani 2012 ursprünglich ins Visier genommen. Er habe eine Schlüsselrolle bei der Finanzierung von Aktivitäten des IS in Afrika und eines IS-Ablegers in Afghanistan gespielt. *sc*

PHILIPPINEN

China erobert: USA weiten Militärpräsenz auf den Philippinen aus

Die USA haben sich den Zugang zu weiteren vier Militärstützpunkten auf den Philippinen gesichert. Eine entsprechende Vereinbarung wurde bei einem Besuch von US-Verteidigungsminister Lloyd Austin in dem



Empfang von US-Verteidigungsminister Lloyd Austin auf den Philippinen. Bild: Command Public Information Office Western Mindanao

Inselstaat getroffen. In einer gemeinsamen Erklärung teilten Manila und Washington mit,

das sogenannte vertiefte Verteidigungsabkommen (EDCA) aus dem Jahr 2014 werde um

vier neue Stützpunkte erweitert. Bis jetzt hatten US-Streitkräfte dadurch Zugang zu fünf philippinischen Militärbasen, auf denen Truppen rotierend stationiert werden konnten. Zudem dürfen US-Soldaten dort Ausrüstung und Vorräte lagern. «Die Erweiterung des EDCA wird unser Bündnis stärker und widerstandsfähiger machen und die Modernisierung unserer kombinierten militärischen Fähigkeiten beschleunigen», hiess es in einer Mitteilung. Die neuen Standorte würden zu-

dem im Falle von humanitären oder klimabedingten Katastrophen auf den Philippinen eine schnellere Unterstützung durch den Vertragspartner ermöglichen.

Die Philippinen sind Washingtons ältester Vertragspartner in der Region. Zuletzt hatte sich das Verhältnis während der Amtszeit von Präsident Rodrigo Duterte aber erheblich abgekühlt. Nicht nur Dutertes blutiger Kampf gegen die Drogenkriminalität, sondern auch dessen enge Beziehungen zu China waren Washington ein Dorn im Auge. Zeitweise hatte Duterte einen wichtigen Verteidigungspakt mit den USA aufgekündigt, diese Entscheidung aber später wieder zurückgenommen. Seit seiner Wahl im vergangenen Jahr versucht der neue Präsident, Ferdinand Marcos Jr., die Beziehungen wieder zu verbessern. Austin hatte zuvor den Verbündeten Südkorea besucht. Die USA bemühen sich auch wegen des Konflikts um Taiwan und der Spannungen im Süd-

chinesischen Meer um eine verstärkte Zusammenarbeit mit ihren Partnern.

China verurteilte die Ausweitung der US-Militärpräsenz auf den Philippinen umgehend als Gefahr für «Frieden und Stabilität». Es handele sich um einen Akt, «der den regionalen Frieden und die Stabilität gefährdet», sagte eine Sprecherin des chinesischen Außenministeriums. Die «egoistische Agenda» der USA würde zu einer Eskalation der Spannungen führen. Andere Staaten in der Region sollten «wachsam bleiben» und sich nicht ausnutzen lassen, hiess es. Aufgrund ihrer geografischen Nähe zu Taiwan sind die Philippinen für die USA ein wichtiger Partner für den Fall eines Konflikts mit China in der Taiwan-Frage. China betrachtet die Insel als eigenes Staatsgebiet und droht mit Eroberung, während sich Taiwan längst als unabhängig versteht. *sc*

BRASILIEN

Lula entlässt Brasiliens Armeechef

Brasiliens Präsident Lula vermutet geheime Absprachen von «Leuten innerhalb der Streitkräfte» mit den Randalierern in Brasilia. Die Folge: Er hat mit Júlio César de Arruda den Oberbefehlshaber der Streitkräfte gefeuert. Auf der offiziellen Webseite der brasilianischen Streitkräfte hiess es, General Arruda sei als Armeechef abgesetzt worden. Sein Nachfolger wird General Tomas Miguel Ribeiro Paiva sein, bislang Armeekom-

mandant im Südosten des Landes. Lula hatte kürzlich gesagt, die Geheimdienste in Brasilien hätten am 8. Januar versagt, als Anhänger des ehemaligen Präsidenten Jair Bolsonaro Regierungsgebäude in Brasilia gestürmt hatten. Zuvor hatte Lula erklärt, er vermute eine geheime Absprache von «Leuten innerhalb der Streitkräfte» bei dem Aufstand; mehr als 4000 Bolsonaro-Anhänger waren in das Kongressgebäude, den Präsidentenpalast und den Obersten Gerichtshof eingedrungen und hatten dort randaliert. Mehr als 1000 Menschen wurden noch am Tag der Ausschreitungen festgenommen. *sc*



◀ Lula und der neue Kommandant der brasilianischen Streitkräfte.

Bild: OGIlobo

SÜDKOREA

Nukleare Option

Angesichts zunehmender Spannungen mit Nordkorea hat Südkoreas Präsident Yoon Suk Yeol die Möglichkeit einer atomaren Bewaffnung ins Spiel gebracht. Der Frieden auf der koreanischen Halbinsel könne nur durch eigene Stärke erhalten werden, sagte Yoon laut Medien zu Verteidigungsminister Lee Jong Sup. «Sollte die Bedrohung durch das nordkoreanische Atomwaffenprogramm grösser werden, könnten wir hier in Südkorea taktische Atomwaffen (der USA) stationieren oder selbst Nuklearwaffen besitzen.» Die Geschichte habe gelehrt, dass Länder, die sich auf einen «falschen Frieden» verlassen, nicht überleben können,

sagte Südkoreas Staatschef. «Diejenigen, die nach Frieden durch Stärke streben, werden weiter existieren.» Das Verteidigungsministerium relativierte später die Aussagen Yoons zur atomaren Aufrüstung. Südkorea

ziehe eine atomare Bewaffnung nicht in Betracht, sagte Vize-Verteidigungsminister Shin Beom Chul in einem Radioprogramm des öffentlich-rechtlichen Senders KBS. Der Präsident habe einen solchen Schritt nicht gefor-

dert. Er habe sich vielmehr auf die «erweiterte Abschreckung» bezogen, sagte Shin in Anspielung auf die Zusagen des Bündnispartners USA, Südkorea mit der «vollen Bandbreite» ihrer militärischen Fähigkeiten zu verteidigen – einschliesslich Atomwaffen. Der Präsident habe damit zu einer engeren Verteidigungskooperation mit den USA aufgerufen.

Der Konflikt auf der geteilten koreanischen Halbinsel hatte im vergangenen Jahr wieder deutlich an Brisanz gewonnen. Nordkorea schoss in erhöhter Frequenz atomwaffenfähige Raketen ab. Die Streitkräfte der USA und Südkoreas nahmen ihre gemeinsamen Militärübungen wieder in vollem Umfang auf. Durch die Spannungen wurde in Südkorea auch die Diskussion um eine eigene Atomwaffenwieder angeheizt. *sc*



Südkoreas Präsident Yoon Suk Yeol und seine Frau Kim Keon Hee. Bild: Jeon han